

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



Janosch Weyermann
Stadtrat und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Bern-Bümpliz
janosch_weyermann@hotmail.com

Freedom Day

Am 16. Februar 2022 war es endlich soweit. Nach exakt 23 Monaten hat der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» praktisch für beendet erklärt und fast alle Covid-Bestimmungen aufgehoben. Die Schweiz kehrt somit nach fast zwei Jahren der staatlichen Interventionen mit Lockdown, Maskenpflicht, Home Office und Covid-Zertifikat endlich zurück zur Normalität. Ein Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer hat sehnsüchtig auf diesen Moment gewartet. Diejenigen, welche den Bundesrat nun aber für diesen längst überfälligen Entscheid kritisieren, haben während der Pandemie offenbar verlernt, ohne die schützende Hand des Staates zurechtzukommen. Oder kann es sein, dass sie dies bereits vorher nicht konnten? Jedenfalls kann man über die Kritiker nur den Kopf schütteln, welche etwa für die Beibehaltung der Maskenpflicht plädieren oder aufgrund der fallengelassenen Zertifikatspflicht keine Restaurants mehr besuchen wollen. Fast die gesamte Bevölkerung ist mittlerweile entweder geimpft oder auf natürlichem Wege genesen. Wer sich jetzt noch schützen will, soll das selbstverständlich dürfen, aber die Zeiten der staatlichen Bevormundung sind nun definitiv vorbei. Es lebe die Freiheit!



**SO MACHT
SICH DIE SCHWEIZ
FÜR DIE NÄCHSTE KRISE** **FIT**



Olivier Kessler
Publizist, Ökonom, Direktor des
Liberalen Instituts, www.libinst.ch

Die politischen Massnahmen während der Corona-Krise haben nachhaltigen Schaden angerichtet. Zu einer Überlastung des Gesundheitssystems kam es zwar nicht, jedoch zu einer Überlastung der Psychiatrien aufgrund von politisch verhängten Kontaktverboten und Isolationsgebieten. Hilfskredi-

te in schwindelerregender Höhe und eine hochriskante Geldpolitik vermochten die Kollateralschäden von Lockdowns und anderen massiven Eingriffen in die Freiheitsrechte zwar vorübergehend zu vertuschen. Dies jedoch zum Preis einer massiven Ausdehnung der staatlichen Verschuldung und Inflation sowie des Überbordwerfens elementarer ordnungspolitischer Grundsätze.

Wenn die Politik in kommenden Krisen ähnlich forsch einschreitet, dürfte das Pulver zur Bewältigung künftiger Herausforderungen eher verschossen sein, als uns lieb sein kann. Was ist also zu tun? Wie kriegen wir es hin, die Schweiz für künftige Notlagen zu wappnen, anstatt immer angeschlagener von Krise zu Krise zu taumeln und letztlich einen Systemzusammenbruch aufgrund von Planwirtschaft, Überschuldung und Hyperinflation zu riskieren? >>

Handlungsspielraum schaffen

Entscheidend ist, dass die Bürger zur Handlung fähig bleiben – unabhängig davon, wie die nächste Krise aussehen wird. Denn ob es wieder ein Virus sein wird, uns «Blackouts» heimsuchen werden, Versorgungsengpässe auftreten, Terroristen Chemie- und Biowaffenangriffe verüben oder das Finanzsystem zusammenbricht, kann niemand genau sagen.

Klar ist aber: Tendenziell ist man im Vorteil, wenn man über genügend Ressourcen verfügt, um sich auf verschiedene Szenarien vorzubereiten. Je grösser der Handlungsspielraum, desto besser. Ein ausgebautes Notvorrat, effektive Schutzmasken, warme Kleider, Notstromgeneratoren, Wasserfilter, alternative Zahlungsmittel wie Gold und Silber, aber auch entsprechende Fähigkeiten und Know-how können bei der Überbrückung von Notlagen behilflich sein, etwa wenn die Versorgung mit wesentlichen Gütern wie Lebensmittel und Energie oder das Geldsystem temporär zusammenbrechen sollten.

Die Krisenvorsorge hat dabei eine stark individuelle Komponente. Jeder weiss selbst am besten, welche Güter er und seine Liebsten am dringendsten benötigen (etwa spezifische Medikamente). Für jene mit Zugang zu einer sauberen Trinkwasserquelle in unmittelbarer Umgebung ist ein ausgebautes Trinkwasservorrat vielleicht weniger entscheidend als für andere. Es gibt hier kein «one size fits all» Rezept, das der Staat allen verordnen könnte. Krisenvorsorge gehört in die Sphäre der Selbstverantwortung und nicht der staatlichen Zentralplanung.

In dieser Ausgabe

- 1 So macht sich die Schweiz fit für die nächste Krise
- 3 Unsere Armee: kein Auslaufmodell!
- 4 UNO: Die Schweiz im Weltsicherheitsrat?
- 5 Kommt nun eine Welle von Invaliditätsfällen in der 2. Säule?
- 6 Cyberkrieg!
- 7 Das Volk will unabhängige Medien
- 8 Friedensdividende verschenkt



■ **Leben und leben lassen: Staatliche Regulierungen engen unnötig ein und schaden mehr als sie nützen.»** Foto: pixabay.com

Die Politik verschärft Krisen

Gerade wenn eine Krise eintritt, ist der Staat zur Zurückhaltung verpflichtet. Die Studie «Covid-19 und die politische Ökonomie der Massenhysterie» von Professor Philipp Bagus und weiteren Professoren verdeutlicht, dass der Staat durch flächendeckende Massnahmen wie Lockdowns, Maskenzwang und Kontaktverbote eine problematische Massenhysterie befeuern kann, die nicht aufgetreten wäre, wenn eine individuelle, auf Eigenverantwortung basierende Verhaltensanpassung möglich gewesen wäre.

Bei einem freiheitlichen Umgang mit einem neuen Phänomen zeige sich rasch, ob man es mit einer echten Krise zu tun habe oder mit einer weitestgehend eingebildeten oder herbei geredeten. Wenn einige ihr Verhalten z.B. beim Auftreten eines neuartigen Virus nicht anpassen und dann ohne grossen Schaden zu nehmen einfach weiterlebten, wüssten alle anderen, dass die Gefahr überschaubar ist, weshalb die Wahrscheinlichkeit einer unbegründeten Massenhysterie sinke. In einem solchen Fall wären staatliche Massnahmen überflüssig, weil sie unverhältnismässig wären. Wenn sich jedoch zeigt, dass ein Virus besonders gefährlich ist, wären entsprechende Zwangsmass-

nahmen ebenfalls überflüssig, weil sich dann eine freiwillige Verhaltensanpassung in der Bevölkerung vollziehen würde.

Die Beurteilung von Risiken ist hochgradig individuell. So bewertet zum Beispiel nicht jeder die Verlängerung der eigenen Lebenszeit als oberstes Gut. Viele bevorzugen es, das Leben zu geniessen, anstatt sich jahrelang einsam und depressiv zuhause einzuschliessen. Diese unterschiedlichen Bewertungen müssen in einer offenen Gesellschaft möglich sein und niemand hat das Recht, anderen seinen Lebensstil aufzuzwingen – auch nicht durch das Fordern entsprechender staatlicher Gesetze. «Leben und leben lassen», lautet das Motto, das auch in einer Krise gelten muss, weil nur so der soziale Frieden aufrechterhalten werden kann.

Der schlechteste aller Krisenmanager

Der Staat schürt und verschärft aber nicht nur Krisen, er ist auch ein ziemlich mieser Krisenvorsorger und -manager, wie die letzten zwei Jahre verdeutlicht haben. So brachte er es etwa nicht fertig, genügend Masken vorrätig zu halten, obwohl dies seine Aufgabe gewesen wäre. Auch wurden die Notfallbetten während der Covid-Krise trotz angeblich drohender Überlastung des Gesundheitssystems abgebaut, während die ohnehin schon überzähligen Beamten im BAG weiter aufgestockt wurden. Die Prioritätensetzung der Bürokratie widerspiegelt eben selten jene der Bürger.

Grundsätzlich ist es deshalb besser, wenn der Staat den Bürgern in einer vermeintlichen oder tatsächlichen Krise keine Vorschriften macht und die Bürger machen lässt. Private Akteure vermögen tendenziell besser, rascher und dynamischer auf neue Situationen zu reagieren als der Gesetzgeber. Gerade in Krisen eröffnen oftmals kreative unternehmerische Innovationen unerwartete Auswege und Lösungen. Innovationen entstehen jedoch nur dort, wo Raum fürs Tüfteln, Experimentieren und Ausprobieren besteht. Wenn dieser Raum durch exzessive staatliche Anordnungen von oben verkleinert wird, und Politiker allen be-

fehlen, wie sie sich zu verhalten haben, erschwert dies auch die Bewältigung einer Krise.

Liberale Reformen jetzt!

Es gilt nun, vielfältige Reformen anzupacken, um den benötigten Handlungsspielraum zu schaffen und die Schweiz für die nächste Krise fit zu machen. Folgende Anpassungen wären besonders wichtig:

1. Der Spielraum für die Politik, mit Notrecht zu regieren und damit elementare Grundrechte ausser Kraft zu setzen, muss eingeschränkt, wenn nicht sogar abgeschafft werden. Freiheitsrechte wurden nicht nur für Schönwetterzeiten geschaffen, sondern gerade auch für Phasen, in denen die Politik eine besonders grosse Lust am Regieren verspürt.

2. Der Staat sollte dazu angehalten werden, der dezentral organisierten, privaten Krisenvorsorge keine Steine in den Weg zu legen.

Die übermässige Ausbeutung der Steuerzahler ist zu stoppen. Krisenvorsorge hat ihren Preis – und je mehr der Staat die Bürger durch Steuern und Zwangsabgaben schröpft, desto weniger kann individuell vorgesorgt werden, weil zunehmend die Ressourcen dafür fehlen. Wichtig wären deshalb signifikante Steuersenkungen, die man problemlos durch den Abbau von unnötigen Staatsaufgaben erwirken könnte. Und von denen gibt es mittlerweile wirklich zuhauf.

3. Die individuelle Vorsorge gilt es zu fördern. Dies nicht etwa mit neuen Subventionen und anderen Staatsausgaben, sondern durch steuerabzugsfähige Beiträge beispielsweise für individuelle Gesundheitssparkonten und andere geeignete Formen der Vorsorge.

4. Staatsschulden sind nicht auszuweiten, sondern abzubauen – etwa durch den Abbau von Staatsausgaben und den Verkauf von staatlicher Infrastruktur an Privata-

te. Staatsschulden sind höchst unmoralisch, weil sie den Spielraum künftiger Generationen einengen, von der man kein Einverständnis dafür eingeholt hat. Nach dem Abbau der derzeitigen Schulden ist daher auf das Anhäufen von Schulden durch den Staat zu verzichten.

5. Die Kontrolle über das Geldsystem ist dem Staat zu entreissen und anstatt dessen Marktmechanismen auszusetzen. Ansonsten wird die von der Politik eingeführte und instrumentalisierte Zentralbank jede Krise durch das Drucken von immer mehr Geld zuzuschütten versuchen. Dies verlagert aber die Probleme lediglich in die Zukunft und führt zur Anhäufung gewaltiger Systemrisiken, die sich in Form grosser Wirtschaftskrisen und Hyperinflation bemerkbar machen könnten. +

Publikationen sowie weitere Infos über das Liberale Institut finden Sie auf www.libinst.ch

Sicherheitspolitik

Unsere Armee: kein Auslaufmodell!

Astrid Bärtschi

Regierungsratskandidatin, Die Mitte

Seit vielen Jahren versucht die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) mit verschiedensten Initiativen und Abstimmungskampagnen, die Schweizer Armee abzuschaffen. Die Armee sei ein Auslaufmodell, sei überflüssig, weil die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts in Europa gegen Null tendiere. Deshalb brauche man keine teuren Kampfflugzeuge, und überhaupt würde man das Geld, das man für die Armee ausbebe, lieber in soziale Projekte oder in die Bildung investieren. Glücklicherweise waren diese Abschaffungs-Bemühungen bisher erfolglos.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Bedrohungslage in den letzten Jahren verändert hat. Ein bewaffneter Konflikt scheint weniger wahrscheinlich als noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Dennoch: Nicht weit von

der Schweiz entfernt schwelen Konflikte wie beispielsweise in der Ukraine. Die Notwendigkeit einer funktionierenden Luftwaffe – und damit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen – lässt sich ebenfalls nicht wegdiskutieren. Der Schutz unseres Luftraums und die flugpolizeilichen Aufgaben lassen sich nicht delegieren. Abenteuerliche Ideen wie das Abtreten dieser Aufgaben, beispielsweise an die NATO, wie sie die Armee-Gegner geäussert haben, gehören ins Märchenland und ha-



Foto: © VBS / DDPS

ben nichts mit den sicherheitspolitischen Realitäten zu tun. Dass die Armee-Gegner den Volkentscheid zur Beschaffung der Kampffjets nicht akzeptiert und nun Unterschriften gegen den gewählten Flugzeugtypen sammelt, zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis.

Gewachsen ist hingegen die Gefahr von Cyberattacken. Wir wissen von Angriffen auf die RUAG, auf einzelne Gemeinden und Firmen. Man stelle sich vor, wenn unsere wichtigsten Infrastrukturen wie die Stromversorgung oder die Spitäler durch Hacker-Angriffe gestört und lahmgelegt würden! Solches ist unweit der Schweiz, beispielsweise in England im Jahr 2017, bereits geschehen. Mit dem Aufbau des Kommando Cyber und dem Cyber-Defense Campus, der das Bindeglied zwischen VBS, Wissenschaft und Forschung, Entwicklung und Ausbildung für die Cyberabwehr darstellt, hat die Armee die Zeichen der Zeit erkannt. Die vordienstliche Cyber-Ausbildung für Rekrui-

tinnen und Rekruten wird dazu beitragen, junge Menschen für den Armeedienst vermehrt zu interessieren und die nötigen Spezialistinnen und Spezialisten für die Cyber-Abwehr auszubilden.

Die letzten zwei Jahre haben uns gezeigt, dass die Armee auch in einer Gesundheits-Krise, wie wir sie mit der Corona-Pandemie erleben, eine wichtige Rolle spielt. Die Unterstützung der Kantone bei der Bewältigung ihrer Aufgaben wie beispielsweise bei der Pflege, dem Patiententransport oder in den Impfzentren war und ist eine essenzielle Aufgabe.

Die Pläne des VBS, bis 2050 klimaneutral zu werden, haben Vorbildcharakter. Insbesondere in den Bereichen Mobilität und Immobilien geht die Armee mittels vermehrtem Einsatz von Elektro-

fahrzeugen, dem Einsatz von nachhaltigen Treibstoffen und dem Ersatz alter Heizanlagen in Sachen Reduktion der CO₂-Emissionen mit gutem Beispiel voran.

Mit den Massnahmen zur Frauenförderung, welche durch Bundesrätin Viola Amherd eingeleitet wurden, und den verschiedenen Anpassungen, welche die Vereinbarkeit von Armeedienst und Familie erleichtern sollen, ist die Armee auf bestem Weg, sich den heutigen Lebensumständen anzupassen und für junge Menschen wieder attraktiver zu werden.

Die Armee hat gezeigt, dass sie sich den verändernden Begebenheiten anzupassen weiss und investiert viel in ihre Zukunft. Sie ist also keineswegs ein Auslaufmodell, sondern eine Erfolgsgeschichte. +



Astrid Bärtschi (48) lebt mit Mann und Sohn in Ostermündigen, wo sie Mitglied des Gemeindeparlaments ist. Die studierte Juristin ist Kommunikationsleiterin der Mitte Schweiz. Sie kandidiert am 27. März 2022 zusammen mit Philippe Müller, Christoph Neuhaus und Pierre-Alain Schnegg auf dem bürgerlichen Vierer-Ticket für den Bernischen Regierungsrat.

Schweiz-UNO

Die Schweiz im Weltsicherheitsrat?

Gotthard Frick
Bottmingen BL

Der Verfasser war den grössten Teil seines Berufslebens weltweit tätig, oft im Auftrag internationaler Organisationen oder dortiger Regierungen. Er erfuhr dabei auf allen Kontinenten die ausserordentliche Wertschätzung unseres Landes, bzw. seiner Eigenschaften, auch bei einfachen Menschen. Von welchen Eigenschaften reden wir?

Als ein Banknachbar in der Pekinger U-Bahn auf dessen Frage erfuhr, woher der Verfasser käme, rief er laut aus: «Ah, die Schweizer, das friedlichste und wehrhafteste Volk der Welt.» Das meinte z.B. auch mal ein Taxifahrer in Nairobi. Auch unsere Neutralität und Unabhängigkeit waren weltweit bekannt und es wurde hochgeschätzt, dass wir uns nie – auch nicht militärisch – im Kielwasser der westlichen Grossmächte in anderen Ländern einmischten. Auch unsere Tätigkeit als Vermittler zwischen zerstrittenen Staaten wurde anerkannt, wie die menschliche Hilfe unseres Landes und des Roten Kreuzes. Die Wirtschaftsleistung und Kreativität unseres

so kleinen Landes ohne Rohstoffe und direkten Zugang zum Meer wurde immer wieder mit Erstaunen erwähnt. Und schliesslich wissen auch viele Menschen, dass bei uns die Bürger das letzte Wort haben, mit anderen Worten, dass unser demokratisches System ganz einmalig ist. Aber da vieles darauf hinweist, dass wir begonnen haben, diese Eigenschaften im Wohlstandsrausch abzubauen, z.B. mit der vom Bundesrat eingeleiteten NATO-Annäherung (mitsamt Einladung an die NATO zu einer grossen Tagung im Oktober 2016 in Zürich), der Abwrackung der Armee über die WEA, dem Einsatz von Truppen im Kosovo, unserem Anschluss an immer mehr internationale Organisationen, wodurch wir uns oft deren Entscheiden unterwerfen müssen und dadurch unser demokratisches System langsam ausgehebelt wird usw., beginnt weltweit die Sicht auf unser Land negativ zu werden.

Auf Grund eines Zwischenfalls mit einem fremden Flugzeug in unserem Luftraum begann ein längerer Artikel vom 21. Februar 2014 im indischen Business Standard über den Abbau unserer einst als so stark wahrgenommenen Armee

mit dem Satz: «Sich über die Schweiz lustig zu machen, ist derart leicht, dass es fast unsportlich ist...» Jede Zeitung dieser Welt hat einen hämischen Artikel über die Schweiz veröffentlicht (deren Aussagen im Kern leider zutreffen). Und bei einer Geschäftsreise in China nach der Zerschlagung unserer Armee durch die WEA fragte bei einem freundschaftlichen Nachtessen der Gastgeber, Kadermitarbeiter eines der grössten chinesischen Konzerne, ganz unvermittelt: «Warum hat das reichste Land der Welt seine Armee abgeschafft?» Schlimm, dass unser Land sogar auf der anderen Seite der Welt so gesehen wird.

Unser Land muss seine Grundeigenschaften unter allen Umständen behalten und darf keinesfalls Mitglied der Sicherheitsrates werden. Dort hätte es sich gemäss Vorgaben der USA zu verhalten und würde so Mitglied eines der grossen Lager, d.h. des politisch-militärischen Westens. Es würde seinen Ruf als neutral und Vermittler verlieren. Wir brauchen nicht Mitglied des Sicherheitsrates zu sein, um mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen aller Art zu unterhalten. +

Kommt nun eine Welle von Invaliditätsfällen in der 2. Säule?

Dr. Jérôme Cosandey
Directeur romand von Avenir Suisse

Viele Journalisten wollten wissen, wie sich die Pandemie auf die Altersrenten der Vorsorgeeinrichtungen ausgewirkt hat. Die Frage nach den Auswirkungen der Übersterblichkeit im Zusammenhang mit dem Virus ist zwar gerechtfertigt, trifft vermutlich aber den Kern der Sache nicht. Denn die Risiken liegen nicht bei den Rentnern, sondern bei den aktiven Versicherten, und gehen von den Invaliditätsleistungen aus.

Vielen Versicherten ist nicht bewusst, welche wichtige Rolle die berufliche Vorsorge hier spielt. Nebst den rund 1400 Franken, die die IV als monatliche Rente auszahlt, erhalten Pensionskassenversicherte einen ungefähr gleich hohen Betrag. Die Pensionskassen zahlen pro Jahr insgesamt 2,1 Milliarden Franken an Invaliditätsleistungen aus.

Doppelte Herausforderung für die Kassen

Entgegen der gängigen Vorstellung von Personen mit Beeinträchtigung als Menschen im Rollstuhl spielen körperliche Leiden eine zusehends untergeordnete Rolle. Hingegen betrafen 47% der im Jahr 2020 neu zugesprochenen IV-Renten psychische Erkrankungen. Und genau in diesem Punkt dürfte die Pandemie bei den Pensionskassen finanzielle Spuren hinterlassen. Die Homeoffice-Pflicht, das Verbot von Sport- und Kulturveranstaltungen sowie die Beschränkung der Anzahl Kontakte im privaten Bereich haben bei vielen Versicherten psychische Störungen ausgelöst.

Gemäss der Swiss Corona Stress Study der Universität Basel ist der Anteil von Menschen mit schweren depressiven Symptomen zwischen der ersten und der zweiten Corona-Welle im Jahr 2020 von 3% auf 18% angestiegen. Diese Entwicklung stellt für die IV und damit auch für die von deren Ren-

tenentscheiden abhängigen Pensionskassen eine doppelte Herausforderung dar: einerseits wegen der gestiegenen Rentensuche, andererseits, weil sich in Krisenzeiten eine Eingliederung der Betroffenen viel schwieriger gestaltet.

Es gibt zu wenig Case Manager

Je länger die Arbeitsunfähigkeit dauert, desto geringer sind die Aussichten auf eine Eingliederung. In unklaren Situationen, wie sie bei psychischen Erkrankungen typisch sind, kann eine rasche und gezielte Intervention ein Abgleiten in eine Negativspirale verhindern – zu einer Depression können sich eine Alkoholabhängigkeit, der Verlust des Arbeitsplatzes oder Schulden gesellen. Um einen solchen Absturz ins Elend zu verhindern, können die IV, die Krankentaggeld-Versicherer (KTG-Versicherer) oder die Pensionskassen einen Case Manager einschalten. Dieser koordiniert die Massnahmen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Ärzte und Versicherer.



Foto: ZVG

Obwohl die Arbeitgeber eigentlich verpflichtet sind, Langzeiterkrankungen ihren Pensionskassen frühzeitig zu melden, sind es oft die KTG-Versicherer, die als erste davon erfahren. Doch für Letztere beschränkt sich die Rendite einer «Investition» in einen Case Manager lediglich auf die Einsparungen, die während der maximalen Leistungsdauer von 730 Tagen möglich sind, während die IV und

die Pensionskasse noch während Jahren oder gar Jahrzehnten die Kostenfolgen einer nicht gelungenen Eingliederung zu tragen haben. Obwohl das System in seiner Gesamtheit von einem Case Manager profitieren würde, rechnet sich dessen Einsatz für den KTG-Versicherer oft nicht.

Bessere Kostenaufteilung

Diese fehlenden gemeinsamen finanziellen Interessen sind ein klassisches Beispiel für positive externe Effekte: Die Pensionskassen und die IV profitieren vom Case Management, obwohl sie nicht zur Kostenbeteiligung gezwungen sind. Diese Verzerrung ist nicht nur ungerecht, sie schadet auch allen Beteiligten, denn es wird dadurch viel zu selten ein Case Manager eingeschaltet.

Will man ein besseres Gesamtergebnis erzielen, braucht es Finanzmechanismen, die diese positiven Externalitäten internalisieren. Oder deutlicher: Sämtliche Akteure, die von den Vorteilen des Case Managements profitieren, sollten einen Teil der Kosten tragen. Die Mitglieder des Vereins Compasso haben deshalb eine Vereinbarung für die Kostenaufteilung entwickelt, die eine pragmatische Lösung dieses Problems ermöglicht. Die KTG-Versicherung und die Pensionskasse vereinbaren per Mail oder Telefon, wer die Koordination des Falls übernimmt, für welchen Höchstbetrag und wie die Kosten aufgeteilt werden sollen (z.B. 50/50).

Obwohl der Verein Compasso offiziell von rund 100 Mitgliedern getragen wird, erfolgt die Umsetzung der Vereinbarung noch nicht systematisch. Ausserdem wäre es wünschenswert, wenn die Kostenaufteilung auch die kantonalen IV-Stellen involvieren würde. Von einer solchen Zusammenarbeit würden nicht nur alle an der Finanzierung von Invaliditätsfällen beteiligten Akteure profitieren, sondern vor allem auch die Hauptbetroffenen, nämlich die Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. +

Alexander Steinacher
Thalwil ZH

Der Cyberkrieg ist der «Lieblingskrieg» der Linken, Grünen und GSoA-Anhängern. Warum? Weil er sie glauben macht, das sei der endgültige Wandel, der von der Armbrust bis zum F-35 alles – vor allem aber eben Kampfflugzeuge – total überflüssig mache.

Grossbritannien will eine Cyberarmee aufstellen und dazu eine Reserve rekrutieren. In Deutschland gibt es seit 2011 das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, und auch die Schweiz rüstet bei der Abwehr auf – mit mehr als zwei Dutzend neuen Stellen für die Bekämpfung der Cyberkriminalität. Abwehr-Experten kichern zwar darüber, doch ein Anfang im Cyberkrieg ist auch hier gemacht.

Dabei bedeutet «Cyber» gar nichts Atemberaubendes, sondern schlicht: Steuerung. Das Wort stammt aus dem Altgriechischen und bezeichnete einst die Kunst des Seefahrers, ein Schiff zu navigieren. Abgewandelt tauchte es zum ersten Mal in der Wissenschaft auf – in einem Buch des Mathematikers Norbert Wiener aus dem Jahr 1948 über «Cybernetics». Der deutschsprachige Titel: «Kybernetik – Regelung und Nachrichtenübertragung in Lebewesen und Maschinen».

Cyberkrieg ist ein Sektor der heimlichen und versteckten Angriffe auf alle möglichen Strukturen. Ziele: Schwächung der Ab-

wehr resp. der Selbstverteidigung, Schwächung der Moral, der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Homogenität usw.

Cyberkrieg ist die im Vergleich zu früher nicht mehr so laute Vorbereitung einer Besetzung, Übernahme bzw. Unterwerfung von Nationen und Bevölkerungen. Man will die «Eier legende Wollmilchsau» möglichst gesund und leistungsfähig übernehmen. Das funktioniert aber immer noch nur, wenn die Räuberbanden, Neokolonialisten, und manchmal nennen sie sich gar «Befreier», am Schluss nicht von einem starken, physischen Schutzmechanismus zurückgehalten werden. Wird dieser Schutzmechanismus, bei uns Milizarmee genannt, vorzeitig als glaubwürdig stark wahrgenommen, verlieren die Invasoren die Motivation und brechen auch den Vorbereitungs-Cyberkrieg ab. Gut wahrnehmbare Sicherheitssysteme halten ebenfalls ab (Angriff zu teuer, Wirksamkeit bzw. Resultat unsicher bis unmöglich). Sind diese Sicherheitssysteme selbst aktiv und überlegen angriffsfähig, wird aus dem Abhalten Abschreckung. Überzeugendstes Beispiel für dieses Aktiv-System ist die moderne Luftwaffe!

Wie versteckt, ja hinterhältig kann Cyberkrieg daher kommen? Konzentrieren wir uns hier über eine von zahlreichen gefährlichen Möglichkeiten: dem Stromausfall.

47 Stunden ohne Strom

Blackouts könnten der Schweiz schlimmstenfalls ab 2025 blühen,

wenn nach einem harten Winter die Stauseen praktisch leer sind und nicht genug Strom importiert werden kann. Eine im Auftrag des Bundes erstellte Studie skizziert Szenarien und nennt erstmals konkrete Zahlen. Das ungünstigste Szenario ist jenes, bei welchem die Schweiz weder über ein Stromabkommen mit der EU noch über technische Vereinbarungen mit EU-Ländern verfügt. Dies könnte dazu führen, dass während zweier Tage der inländische Strombedarf nicht mehr gedeckt werden kann.

Denn aufgrund des Ausstiegs aus der Atomkraft und der angestrebten Dekarbonisierung von Industrie, Verkehr und Wärme wird sich das Problem der Stromversorgung im Winter noch verschärfen. Laut den jüngsten Risikoanalysen des Bundes ist eine anhaltende, schwere Strommangellage derzeit das grösste Risiko für die Schweiz, noch vor einer Influenza-Pandemie oder dem Ausfall des Mobilfunks. Gemeint ist damit eine länger anhaltende Unterversorgung mit Strom im Winter. Die Vermögensverluste und wirtschaftlichen Einbussen wären in einem solchen Szenario immens, die Landesversorgung und die innere Sicherheit würden beeinträchtigt.

Und weitere passende Warnzeichen aus dem Tagesanzeiger vom Oktober 2021: «Könnten Sie ohne Strom eine warme Mahlzeit zubereiten? Eine Situation, in der hierzulande der Strom knapp wird, hält das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung für realistisch.» Die möglichen Folgen: Handy, Internet und Fernsehen sind tot. Kein Benzin mehr, kein ÖV. Heizung, Kühlschrank usw. fallen aus. Spitäler, Polizei, Feuerwehr können zwar nicht mehr erreicht werden, funktionieren aber noch mit eigenen Notstromgruppen. Doch für wie lange?

Was man längst voraussehen konnte, tritt jetzt ein: Die «Klimaretterung» führt weltweit in die Energiekrise. Nicht nur, weil der Gaspreis förmlich explodiert, sondern weil immer mehr «Erneuerbare» das Stromnetz destabili-

Wenn der Strom ausgeht

Diese Massnahmen kommen bei einer Strommangellage, wenn nötig, nacheinander zum Einsatz:

Massnahme:	Einsparpotenzial:
Sparappell	5%
Verbrauchseinschränkungen	10%
Kontingentierung	bis zu 15%
Netzabschaltungen	bis zu 50%

■ Freiwillig ■ Bundesrätliche Verordnung *Quelle: Ostral*

sieren. Es kommen auch immer mehr neue Verbraucher dazu!

Die Bundesverfassung schreibt in Artikel 89 eine ausreichende Energieversorgung vor. Ebenso gilt Artikel 102: «Der Bund stellt die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicher (...) er trifft vorsorgliche Massnahmen.»

Energie, vor allem Strom, gehört zur Kombination von lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen. Mit vorsorglichen Massnahmen scheint der Bund aber viel mehr folgendes zu meinen: Unkontrollierte Masseneinwanderung, der Ausstieg aus der Kernenergie ohne gesicherte Ersatzproduktion, die Warnung vor

Stromknappheit sowie der Empfehlung, sich ein Fondue-Rechaud anzuschaffen.

Die Risikoanalyse des Bundes wird mit der fatalistischen Aussage zusammengefasst, dass eine Strommangellage derzeit das grösste Risiko für die Schweiz darstelle. Die Erkenntnis für die und als Gesellschaft: Es findet eine Art «russisches Roulette» statt. Einmal mehr müssen wir die zunehmende Missachtung unseiner Grundrechte, der Bundesverfassung geisseln. Es spielt keine Rolle, ob dies aus Fahrlässigkeit geschieht, oder unter dem Deckmantel des Cyberkriegs getarnt wird. Gestraft wird letztendlich nur der dumme Bürger, der sich nicht wehren kann! +

Veranstaltungs-Hinweis

Das sicherheitspolitische Fachreferat von **Peter Regli, Divisionär aD**



Donnerstag, 12. Mai 2022 in Zürich:
Widder Hotel, Rennweg 7, 8001 Zürich

Donnerstag, 13. Oktober 2022 in Bern:
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15,
3000 Bern 22 (im Navigationssystem
eingeben: Kasernenstr. 27)

Beginn: 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat
Weitere Infos auf: www.prolibertate.ch

Staatliche
Medienförderung

Das Volk will unabhängige Medien



Sandra Schneider
Grossrätin und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Biel/Bienne

Wäre es nach der Medienbranche gegangen, hätte sie künftig jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag vom Steuerzahler erhalten. Die Schweizer Stimmbürger votierten Mitte Februar jedoch mit über 54% klar gegen eine verstärkte «Medienförderung» durch den Staat.

Blick-Chefredaktor Christian Dorer liess sich nach dem deutlichen Votum zur Aussage bewegen, das Nein sei «mehr Kompliment als Misstrauensvotum».

So kann man es natürlich auch sehen. Dass eine Vorlage, die von allen grossen Verlagshäusern (Ringier, Tamedia, NZZ, CH Media, Somedia) mitsamt Bundesrat und der Mehrheit der politischen Parteien dennoch an der Urne scheitert, weist eher auf das Gegenteil hin. Vielmehr hatte das Verlagshaus Ringier, das den Blick herausgibt, unweigerlich einen grossen Anteil daran, dass die Medienvorlage am Ende verworfen wurde.

Anfang Jahr machte eine Aussage von Ringier-CEO Marc Walder die Runde, wonach er sinngemäss die Redaktionen anwies, auf jegliche Kritik an der offiziellen Corona-Politik zu verzichten und sich demgegenüber an eine regierungsfreundliche Berichterstattung zu halten. Damit fühlten sich nun alljene bestätigt, welche den Medien eine unkritische Nähe zum Staat unterstellen. Aus der blossen Unterstellung wurde nun eine Tatsache.

Der Ringier-Journalist, der Walders fatale Aussagen mitschnitt und an die Öffentlichkeit brachte,

wurde Medienberichte zufolge entlassen. So entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet ein grosser Vertreter der schreibenden Zunft, die sonst immer den «mutigen Journalismus» hervorheben, diesen genau gleich bestrafen wie jedes andere Unternehmen auch: Mit der Kündigung des Whistleblowers.

Das Volks-Nein zum Medienpaket ist eine Klarstellung: Journalisten sollen eine kritische Haltung einnehmen – erst recht gegenüber dem Staat. Und hierfür bedarf es einer glaubwürdigen Unabhängigkeit.

Ein besonderes Augenmerk gilt nun der staatlich finanzierten SRG, die ihr milliardenschweres Budget für hohe Kadernsaläre und für eine Unzahl von Sparten- und Nischensender einsetzt, die man nur schwer unter dem Begriff der Grundversorgung erklären kann. Andere Staaten finanzieren ihre öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einem viel kleinerem Pro-Kopf-Betrag als die Schweiz. Es ist nur rechtens, dass nun über die Rolle der SRG – und deren Kosten – debattiert wird! +

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, alt Nationalrat, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Telefon 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, info@prolibertate.ch, www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyerermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.



Thomas Fuchs

Oberst und alt Nationalrat,
Präsident PRO LIBERTATE, Bern

Es mutet grotesk an: Während in der Ukraine – ein Land das mit 2000 Kilometern Entfernung quasi vor unserer Haustüre liegt – der Kriegszustand herrscht, wollen in

der Schweiz GSoA und linke Parteien den F-35 per Volksinitiative verhindern. Sie behaupten immer noch, dass Krieg ein Mittel von gestern wäre und sich heute nicht mehr ereigne. Die Entwicklungen zwischen Moskau, Kiew und dem Westen strafen dieser kruden Ansicht Lügen. Jedes Land hat eine Armee zu tragen, wenn nicht die eigene, dann eine fremde.

Die Erneuerung der Luftwaffe ist ein wesentliches Element, damit unsere Armee auch künftig einsatzbereit bleibt. Der Einsatz beschränkt sich dabei nicht nur im Konfliktfall, sondern auch in Friedenszeiten bei der Erfüllung luftpolizeilicher Aufgaben.

Die zweite Säule der schweizerischen Sicherheits- und Aussenpolitik ist die Neutralität. Wir müs-

sen uns davor hüten, in diesen Konflikt in irgendeiner Weise eingebunden zu werden. Neutralität ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage echter Friedensförderung: Wenn andere Länder nicht mehr miteinander reden wollen, kann die Schweiz vermitteln. Dies geht jedoch nur, wenn sie gegenüber allen Seiten glaubwürdig als neutraler Mittler auftritt.

Die «Friedensdividende», von der die Schweiz seit Ende des Kalten Krieges gelebt hatte, ist aufgezehrt. Investitionen in die Armee – in Mensch und Material – sind dringend notwendig. Die Anschaffung des Kampffjets F-35 muss oberste Priorität haben. Die Welt richtet sich nicht nach Wunschvorstellungen. Der traurige und blutige Krieg in der Ukraine sollte uns als warnendes Beispiel dienen! +

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- als Mitglied
Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- als Gönner
Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant
Beitrag nach freiem Ermessen



Bestellen Sie
jetzt die DVD
«Das Réduit»



Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

- Expl. DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945» zum Preis von 24 Franken
- Expl. Armeekalender 2022 zum Preis von 10 Franken
- Expl. «F-35A» – Faktenblatt zum geplanten neuen Kampfflugzeug (kostenlos)
- Expl. «Wie sich die Schweiz rettete» zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
- Expl. General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre zum Spezialpreis von 25 Franken
- Expl. «Freier Fels in brauner Brandung» zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
- Expl. «Operationsziel Schweiz» zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
- Expl. «Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer» zum Preis von 8 Franken
- Expl. «Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?» zum Preis von 8 Franken
- Expl. «Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd» zum Preis von 8 Franken
- Expl. «Marignano 1515–2015» zum Sonderpreis von 29 Franken
- Expl. «Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer» zum Preis von 29 Franken
- Expl. «Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges» zum Preis von 19 Franken
- Expl. «Fauvette – Die stille Front» zum Preis von 9 Franken
- Expl. «Nacht und Licht» zum Spezialpreis von 25 Franken (statt 35 Franken)
- Expl. «Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung» zum Preis von 8 Franken
- Expl. «Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?» zum Spezialpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)
- Expl. «Identität Schweiz» zum Preis von 10 Franken

*zzgl. Porto und Verpackung

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____



Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch